

INSIDE

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 18. Mai 2018

Inhalt:

- › **NEIN zur Vollgeld-Initiative und zum Geldspielgesetz.** Auftakt von Lukas Pfisterer (S.1)
 - › **Umfahrung Mellingen immer noch nicht umgesetzt.** Von Sabina Freiermuth (S. 2)
 - › **Scheinheilige Forderung nach einem Industriefonds.** Von Silvan Hilfiker (S. 3)
 - › **Ansprache der Fraktionspräsidentin am Fraktionsausflug.** Von Sabina Freiermuth (S. 3)
-

Auftakt des Präsidenten

NEIN zur Vollgeld-Initiative und zum Geldspielgesetz

Lukas Pfisterer, Grossrat, Präsident FDP Aargau, Aarau
pfisterer@fdp-ag.ch



Das Stimmcouvert zu den Abstimmungsvorlagen vom 10. Juni ist in den letzten Tagen eingetroffen. Der Abstimmungskampf geht in die letzte Runde. Eben wurde eine neue Meinungsumfrage der Tamedia publiziert. Danach wird die Vollgeld-Initiative abgelehnt. Die FDP

Aargau hatte am Parteitag vom 24. April in Stein Nein dazu gesagt, Nein zu einem Experiment mit unserem Geldsystem, das enorm riskant und weltweit einmalig wäre.

Beim neuen Geldspielgesetz liegen gemäss der Tamedia-Umfrage Gegner und Befürworter gleichauf: 47 Prozent der Stimmbürger lehnen die Vorlage ab, ebenso viele wollen sie annehmen. 6 Prozent machten keine Angaben zu ihren Stimmabsichten. Die FDP Aargau hatte am Parteitag die Nein-Parole gefasst.

Das Geldspielgesetz beruht auf einem Auftrag aus der Bundesverfassung. Im Vordergrund stehen die Verbesserung des Spielerschutzes, der Schutz vor Geldwäscherei und Wettkampfmanipulation. Der Bundesrat hatte ursprünglich

nicht ausgeschlossen, dass sich ausländische Anbieter um Lizenzen bewerben können. Erst das Parlament schränkte den Markt auf die hiesigen Kasinos ein: Nur in der Schweiz bestehende Kasinos sollen Online-Spiele anbieten dürfen, nicht aber ausländische Anbieter. In den Gesetzesberatungen im Ständerat fragte FDP-Ständerat Caroni Frau Bundesrätin Sommaruga, weshalb nur die bestehenden Kasinos in der Schweiz solche Lizenzen erwerben dürften und nicht einfach alle. Frau Bundesrätin Sommaruga antwortete: "Die Kasinos haben sich hier durchgesetzt." Die Einschränkung auf Schweizer Kasinos ist also primär Heimatschutz für bestehende Kasinos gegen die ausländische Konkurrenz.

Das Anbieten von Online-Spielen ist in der Schweiz heute nicht erlaubt. Trotzdem spielen viele ungehindert auf ausländischen Plattformen. Die Spieler machen sich nicht strafbar. Das ändert sich mit dem neuen Gesetz nicht. Wer online spielen will, der wird dies auch künftig tun, auf welchem (ausländischen) Portal auch immer. Denn die Netzsperrung kann innert Sekunden umgangen werden. Das Geld fliesst damit weiterhin ins Ausland ab.

Die Erfahrungen im Ausland zeigen: Wo protektionistische Gesetze in Kraft sind, floriert der Schwarzmarkt. Zielführender wäre es daher gewesen, die bestehenden Angebote aus dem

Agenda:

Dienstag, 19. Juni 2018, 18.30 Uhr: Sommertagung auf Schloss Böttstein

In- und Ausland zu lizenzieren und damit den Schwarzmarkt auszutrocknen, wie es andere Länder erfolgreich umsetzen.

Letztlich schafft das Parlament mit dem Entscheid für Netzsperrn gegen ausländische Konkurrenz auch einen Präzedenzfall im Internet, und das ohne Not und Zeitdruck. Aus der Musikbranche sind im Zusammenhang mit der laufenden Revision des Urheberrechts bereits Rufe nach Netzsperrn für die Bekämpfung der Piraterie im Internet zu hören. Am FDP-Parteitag in Stein argumentierte ein Vertreter des Detailhandels, auch seine Branche könnte mit gutem Grund Netzsperrn gegen die ausländische Konkurrenz

fordern. Das könne nicht das Ziel sein. Daher sage er Nein um Geldspielgesetz.

Geben wir Bundesrat und Parlament daher eine zweite Chance, ein Gesetz mit einem fairen Konzessionierungsmodell auszuarbeiten. Bis dieses steht, kommen die Erträge der Glücksspiele unverändert der AHV, dem Sport, der Kultur und sozialen Projekten zugute. Mit einem Nein machen wir den Weg frei für ein Gesetz, das für Wettbewerb unter den Anbietern sorgt, den Nutzenden die Freiheit der Auswahl lässt und der Schweiz die maximale Wertschöpfung bringt.

Umfahrung Mellingen immer noch nicht umgesetzt Fraktionserklärung der CVP, SVP und FDP

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Präsidentin FDP-Fraktion, Zofingen
sabina.freiermuth@hispeed.ch



Am 15. Mai 2011 haben über 57'000 Aargauerinnen und Aargauer oder 60,1% der Stimmbevölkerung dem Bau der Umfahrung Mellingen zugestimmt. Die Volksabstimmung wurde von den linken Parteien durch ein Behördenreferendum erzwungen, obwohl der Grosse Rat zuvor die Kredite mit 88 zu 43 Stimmen deutlich beschlossen hatte.

«Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Fraktionen der CVP, der SVP und der FDP rufe ich Ihnen ins Gedächtnis: Genau 7 lange Jahre nach dem

deutlichen JA ist der Volkswille noch immer nicht umgesetzt. Warum? Weil die Umweltverbände VCS und WWF den Bau der Umfahrung mittels Einsprachen und Beschwerden immer wieder verzögern, blockieren, verhindern.

Jeden Tag fahren sage und schreibe 16'000 Fahrzeuge durch Mellingen. Die Abstimmungsverlierer verhindern die Entlastung der historischen Altstadt und die Verflüssigung des Verkehrs unter dem Titel «Umwelt schützen». In Tat und Wahrheit schaden sie der Sicherheit und Lebensqualität der betroffenen Menschen, und die permanenten Verkehrsstaus tun der Umwelt wohl alles andere als einen Gefallen.

„Über sieben Brücken musst du geh'n, sieben dunkle Jahre übersteh'n“, heisst es im Liedtext. Die sieben dunklen Jahre sind vorbei, dagegen hat für die längst ersehnte Umfahrung noch nicht einmal der Spatenstich stattgefunden. Weiterhin müssen die Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt mit

der verpesteten Luft im Städtli leben. Weiterhin muss die Bevölkerung die unzumutbare Verkehrssituation mit täglichen Staus in und um die Mellingener Altstadt ertragen. Weiterhin müssen die Schutzengel Überstunden leisten, damit die gefährlichen Situationen für die schwächsten Verkehrsteilnehmer glimpflich ausgehen. Wir können nur hoffen, dass die Schutzengel nicht müde werden.

Dass der Bevölkerung diese Umfahrung wichtig ist, zeigt eine Petition, welche innert kürzester Zeit über 1'700 Aargauerinnen und Aargauer unterzeichnet haben. Sie alle wollen zum Ausdruck bringen, dass der Schutz unserer Altstädte von kantonalem Interesse ist. Sie alle zeigen Solidarität mit den Bewohnerinnen und Bewohnern von Mellingen. Diese Unterschriften sollten jenen zu denken geben, die nach wie vor die Umfahrung blockieren. Es gibt eine andere Seite. Sie besteht über 60 Prozent Aargauerinnen und Aargauern.

Der Volkswille wurde genug strapaziert. Wir fordern die linke Ratshälfte ultimativ dazu auf, den demokratischen Entscheid der Aargauer Bevölkerung zu respektieren. Wirken Sie auf Ihre Verbände VCS und WWF ein, damit die Umfahrung Mellingen endlich Realität werden kann.»

Scheinheilige Forderung nach einem Industriefonds

Absurder SP-Vorstoss zurückgezogen

Silvan Hilfiker, Grossrat, Fraktionsvizepräsident, Oberlunkhofen

hilfiker@silvan-hilfiker.ch



Die SP forderte in einem Vorstoss, einen staatlichen Industriefonds einzurichten um die Attraktivität des Kantons zu steigern und Arbeitsplätze zu sichern. Die SP stellt eine schleichende Deindustrialisierung fest und kritisiert, dass im Aargau keine aktive Industriepolitik betrieben wird. Die Verwendung (nicht Verschwendung) der Fondsgelder sieht die SP beispielsweise in Form von unentgeltlicher Begleitung und Beratung von Unternehmen, Bürgschaften gegenüber Geschäftsbanken oder einmaligen, projektbezogenen à fonds perdu-Beiträgen. Woher das Geld kommen soll, blieb allerdings unbeantwortet.

Es ist doch aber absurd: Auf der einen Seite belasten die Linken mit ihren

Forderungen die Unternehmen – beispielsweise mit der Erbschaftssteuerinitiative, sechs Wochen Ferien für alle oder der Aargauer Gegensteuer-Initiative – auf der anderen Seite fordern sie scheinheilig einen Fonds mit dem Ziel die Attraktivität des Kantons zu steigern? Das soll noch einer verstehen! Die SP hat es offenbar auch nicht verstanden und nach einer (längeren) Erklärung die Forderung zurückgezogen.

Die FDP-Fraktion hätte den Vorstoss nicht unterstützt. Die Motion war aus unserer Sicht ordnungspolitisch falsch. Wir lehnen eine Industriepolitik ab, welche in die freie Marktwirt-

schaft eingreift. Vielmehr bevorzugen wir eine Politik, die attraktive Rahmenbedingungen schaffen und erhalten will. Und attraktive Rahmenbedingungen für uns sind: Ein stabiler Arbeitsmarkt, wettbewerbsfähige Steuerbedingungen, stabile Finanz- und Kapitalmärkte oder qualitativ hochstehende Bildung. Ein Industriefonds, mit dem der Staat in den Markt eingreift und Risiken eingeht, zählt nicht zu attraktiven Rahmenbedingungen. Darüber hinaus lehnten wir die Forderung aber auch ab, weil bereits verschiedene (staatliche) Programme existieren, von denen man letztlich halten kann, was man will. Und wir lehnten auch ab, weil sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren soll, anstatt neue Aufgaben aufzubauen.

Fraktionsausflug vom 15. Mai in den Bezirk Bremgarten

Ansprache der Fraktionspräsidentin

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Präsidentin FDP-Fraktion, Zofingen

sabina.freiermuth@hispeed.ch



Herzlich Willkommen zum Fraktionsausflug! Ich freue mich auf einen unbeschwerten Nachmittag unter Freisinnigen, auf interessante Besichtigungen und auf geselliges Zusammensein. Ein herzliches Dankeschön geht an Edwin Riesen, die Bezirkspartei Bremgarten und die Ortspartei Wohlen für die tolle «Reise-Organisation». Wer Edwin kennt, der weiss: Ihm die Verantwortung für einen Anlass zu übergeben heisst, getrost zurücklehnen und ihn machen lassen. Am Ende ist alles, ohne viel Aufhebens, perfekt organisiert. Wie immer lieferte die Geschäftsstelle ihre tatkräftige Unterstützung dazu. Sandra und Kaspar, Euch beiden danke ich für Euren nimmermüden Einsatz zum Wohle der FDP Aargau! Die Spatzen piffen es ja schon von den Dächern: Im Sommer verlässt Kaspar unsere Geschäftsstelle. Wir lassen ihn ungerne ziehen, haben aber viel Verständnis für seinen Wunsch, sich beruflich weiterzuentwickeln.

Die Freisinnigen befinden sich wieder auf der Gewinnspur. Seit 2015 legten wir in den kantonalen Parlamenten ganze 33 Sitze zu! Das ist beachtlich, erfreulich, motivierend. Sorgen bereitet mir nur, dass die anderen bürgerlichen Parteien Sitze verlieren, das heisst, wir verlieren in wichtigen Politikbereichen unsere Partner. Ich spreche hier bewusst nicht von «natürlichen» Partnern, denn wir holen unsere Mehrheiten dort, wo wir sie für unsere Lösungen finden. Das kann, etwa für liberale Vorschläge in Gesellschaftsfragen, durchaus auch einmal ein Zusammengehen mit der linken Seite bedeuten. Aber für Kernanliegen wie gesunde Finanzen und gute Rahmenbedingungen für Unternehmen brauchen wir einfach bürgerliche Mehrheiten. Ich gehöre also nicht zu jenen, die sich freuen, wenn andere bürgerliche Parteien verlieren. Mir gefallen nur einfach unsere Resultate. Sie zeigen mir, dass es uns mehr und mehr gelingt, den Menschen unsere Lösungen für die aktuellen Herausforderungen zu erklären. Warum gelingt uns das heute besser als vor Jahren, wir haben doch schon immer gute Arbeit geleistet? Heute sind wir vielleicht wieder näher bei den Menschen, hören ihnen besser zu und erfahren so, wo der Schuh drückt. Wir ziehen daraus die richtigen Schlüsse und erarbeiten realisierbare Lösungen. Und nicht zuletzt haben wir den Mut, schwierige Themen anzusprechen, neue Wege zu beschreiten und manchmal Lösungen vorzuschlagen, die auf den ersten Blick unbeliebt sein mögen.

Haben Sie momentan auch den Eindruck, die Welt stehe Kopf? Ein endloser, grausamer Krieg in Syrien, selbstverliebte Showmen als Staatsführer in den USA, in Russland, in Nordkorea und in Osteuropa, überschuldete Staatswesen, im Zuge der Digitalisierung ein rasanter Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft: Das sind nur ein paar der Schwierigkeiten, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Es kommt das mulmige Gefühl auf, dass die friedlichen, blühenden und stabilen Jahrzehnte vorbei sind. Ein zähes Gesamtgefühl legt sich über die Gesellschaft, und die Einzelperson kann sich diesem nur schwerlich entziehen.

Ich frage mich: Ist es wirklich so schlimm, oder haben wir nicht ganz einfach Angst um unser sattes, wohliges Dasein? Ganz objektiv gesehen ging es uns Schweizerinnen und Schweizer noch nie so gut wie heute. Wir leben in beispiellosem Wohlstand. Das Leben ist sicher und gegen fast alles versichert - und wo nicht, bietet uns der Staat Rundumabsicherung in allen Lagen. Unsere Hauptanstrengung gilt der Selbstverwirklichung, der Selbstoptimierung, dem Kampf gegen das Übergewicht. Wir streben nicht mehr nach Sicherheit, Glück und Prosperität, nein, wir haben einen selbstverständlichen Anspruch darauf. Einiges deutet darauf hin, dass wir zu verwöhnten Wohlstandsbürgern geworden sind. Nehmen wir zum Beispiel die Reformen bei den Unternehmenssteuern, der Altersvorsorge oder im Energiewesen: Alle erachten sie als dringend nötig, aber die Politik meint, sie seien beim Stimmvolk nur mithilfe von Gegengeschenken durchzubringen. Hier verteilt man

Subventionen, da werden als Kompensation Kinderzulagen versprochen. Es werden per Giesskanne höhere Renten verteilt, obwohl jeder weiss, dass das Geld nicht reichen wird. Die schmerzhaften Entscheide werden auf die Generationen nach uns verschoben. Manchmal frage ich mich schon, ob es um die Lösung von drängenden Problemen geht oder ums Maximieren des Wähleranteils. Das Geschenkeverteilen hat nämlich seinen Preis: Bei der AHV sind die Probleme nicht einmal mittelfristig gelöst. Die Energiestrategie enthält Ziele, die wenn überhaupt, nur mit massiver Staatsintervention zu erreichen sind. Und so wie die Steuerreform heute noch daherkommt, kommen sie zwar den Statusgesellschaften zugute, belasten dafür die KMU gleich mehrfach: etwa mit höheren Dividendensteuern und höheren Kinderzulagen.

Mir zeigt das Eines ganz klar: Wir brauchen mehr Mut in der Politik. Wir müssen den Leuten klaren Wein einschenken, sie nicht vor unschönen Wahrheiten verschonen wie kleine Kinder. Wir müssen klar sagen

- dass die Renten nur zu halten sind, wenn wir länger arbeiten und den Umwandlungssatz senken, oder
- dass die Krankenkassenprämien weiter ansteigen, wenn jedes Spital alles anbietet und wir das Gesundheitswesen weiterhin als Selbstbedienungsladen benutzen, aber auch
- dass die hochfliegenden Ziele der Energiestrategie 2050 innerhalb der vorgegebenen Zeitspanne nur zu erreichen sind, wenn zum Beispiel die Hausbesitzer ihre Eigentumsrechte mehr und mehr abgeben

Vor genau einem Jahr präsentierte die FDP-Grossratsfraktion ihre Liberale Agenda 2024. Sie erinnern sich, mit diesem Massnahmenkonzept wollen wir einerseits das strukturelle Defizit in den Griff bekommen. Vor allem aber wollen wir damit den Aargau stärken und modernisieren. Natürlich freuten wir uns im Herbst, als der Regierungsrat seine Sanierungsvorschläge für den Kantonshaushalt vorstellte, und wir die eine oder andere Massnahme aus unserem Konzept antrafen. Unsere fast 30 Vorstösse richteten wir denn auch konsequent an der Liberalen Agenda aus.

Im Gesundheitswesen thematisierten wir zum Beispiel die Kooperation mit unseren Nachbarkantonen. Wir wollten wissen, wie Fehlanreize bei ambulanten Eingriffen oder in der Restkostenfinanzierung verhindert werden können, und wie der Regierungsrat die Kick-Backs für die Spitalärzte beurteilt. In weiteren Vorstössen forderten wir eine Neuorganisation der Notfalldienste wie auch die Entflechtung der Mehrfachrolle des Kantons bei den Spitälern. Wir verlangten zudem, dass sich die Gesundheitsdirektorin auf Bundesebene für die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Eingriffen einsetzt.

Wir engagierten uns für die gezielte Erbringung der Staatsleistungen: Zum Beispiel thematisierten wir den Investitionsbedarf für Immobilienvorhaben: Wie geht der Regierungsrat dabei um mit der Schuldenbremse, welche Finanzierungsmodelle sieht er? Erleichtert er zum Beispiel partnerschaftliche Formen zwischen Staat und Privaten? Auch loteten wir die Chancen der Einführung eines Dienstleistungszentrums Finanzen aus. Wir wollten genauer wissen, welches Einflusspotential die Standortförderung im Aargau hat; wie wirksam ist sie denn wirklich? Wir brachten Vorschläge für mehr Effizienz ein, etwa bei der Darlehensbewirtschaftung der Stipendien, im Schulwesen, oder bei der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden. Mehrere Vorstösse befassten sich mit den Chancen der Digitalisierung, zum Beispiel für die Erleichterung digitaler Lösungen bei den kommunalen Bau- und Nutzungsordnungen. Und wir setzten uns auch dafür ein, dass die Schule Aargau die digitalen Herausforderungen besser meistert. Wir sorgten für die Vereinfachung der Schulevaluation, forderten die Abschaffung des Erziehungsrats in der heutigen Form und die Reduktion seiner Entschädigung. Dank uns werden die Berufsschulstandorte noch dieses Jahr wieder Thema. Und wir stellten längst fällige Fragen im Bereich der Sonderschulen und Heime.

Auf unser Verlangen hin wird derzeit eine steuerpolitische Gesamtsicht für den Aargau erarbeitet, und der Regierungsrat präsentiert Fakten zu den bisher erfolgten Privatisierungen von Kantonalbanken in der Schweiz. Übrigens prüft der Regierungsrat in diesem Jahr die Beteiligungen des Kantons und nimmt eine Neubeurteilung vor – diese Resultate erwarten wir mit einiger Spannung! Schliesslich waren wir in Bern mit unserer Standesinitiative zur Kostenbeteiligung im Asylwesen erfolgreich – laut der kürzlichen Pressekonferenz des Bundesrats werden unsere Hauptforderungen nun umgesetzt.

Das war doch richtig viel Arbeit! Dabei meinen Sie, es sei uns angesichts der wenigen Grossratssitzungen langweilig. Hochmotiviert kürzten wir uns ausserdem unsere eigene Entschädigung - und wir zahlen nun sogar unseren Parkplatz selber (das war meiner Meinung nach eindeutig übermotiviert...).

Sie wissen es, die Rechnung 2017 des Kantons schloss dank Sondereffekten (u.a. höhere Gewinnausschüttung der Nationalbank und Mehrerträge bei den Verrechnungssteuern) besser ab als befürchtet. Zum Überschuss von 119 Mio Franken haben überraschenderweise auch höhere Steuererträge bei den juristischen Personen beigetragen. Aber lassen wir uns nicht täuschen: Wir können noch nicht von einer Trendwende sprechen, denn weiterhin weist der Kantonshaushalt für die nächsten Jahre eine strukturelle Finanzierungslücke von bis zu 200 Mio Franken auf. Immerhin zeigen die steigenden Steuereinnahmen eines ganz klar: Die gebetsmühlenartige Behauptung der linken Parteien, der Aargau habe ein Einnahmenproblem und die drei Steuergesetzrevisionen seinen Schuld daran,

ist nun endlich widerlegt. Der Steuereinbruch bei den juristischen Personen lag definitiv am Frankenschock und seinen Auswirkungen. Nun, da sich die Wirtschaft erholt, steigen die Steuererträge auch wieder. Die Prognosen sind allesamt optimistisch. Zum ersten Mal seit 2008 hat das Wachstum die Erwartungen übertroffen, und weltweit waren in wichtigen Bereichen Fortschritte zu erkennen. Der Regierungsrat darf nun nicht nachlassen bei den Sanierungsbestrebungen, und er muss die Reformvorhaben mit hohem Druck vorantreiben. Laut seinem Bericht vom März wird mit den Projekten ein Entlastungsvolumen von 80 bis 120 Mio Franken angestrebt. Diese 40 Mio Franken Spannweite zeigen, dass es noch gehörig Feinarbeit braucht, bis die Projekte verhandlungsreif, geschweige denn umsetzungsreif sind. Wir Grossräte müssen die Arbeiten eng begleiten und wo nötig beschleunigen. Alle zusammen müssen den Mut aufbringen, für gute Lösungen einzustehen und dafür die nötigen Mehrheiten zu schaffen. Nicht zuletzt muss auch die Bevölkerung für diesen oder jenen unbeliebten (aber notwendigen) Schritt gewonnen werden.

Ich kann Ihnen sagen: Die FDP-Fraktion ist bereit. Im letzten Jahr haben wir wichtige Grundlagenarbeit geleistet, nun arbeiten wir mit Hochdruck weiter an der Umsetzung unserer Vorschläge. Im Sommer präsentieren wir zum Beispiel unsere Sicht zum neuen Spitalgesetz und unsere Ideen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Zudem werden wir uns für massvolle Lösungen bei der Revision des Energiegesetzes einsetzen. Und wir halten weiterhin die Augen offen, welche Leistungen der Kanton wie anbietet. Ich danke jedem einzelnen Fraktionsmitglied für sein Mitdenken und die vielen tollen Ideen; für den guten Willen, den es braucht, wenn etwas schief läuft; für das immense Engagement, das jede und jeder neben allen beruflichen und familiären Pflichten leistet.

Und warum sind wir eigentlich so motiviert an der Arbeit? Wir haben genug von den alljährlichen Sparprogrammen und wollen endlich wieder zukunftsweisende Projekte für die Menschen im Aargau realisieren! Wer weiss: einen Tunnel, Cargo Sous Terrain, ein Neudenken des Telli, Investitionen für kundenfreundliche, digitale Lösungen. Und warum nicht ohne Scheuklappen eine Svizra27 prüfen? Oder es könnte ja auch mehr Vorzeigeprojekte wie die Limmattalbahn geben. Nur, die Realisierung von Infrastrukturvorhaben ist nur möglich, wenn die linken Parteien und ihre Verbände endlich ihre Verzögerungs- und Verhinderungspolitik aufgeben! Stellen Sie sich vor: Vor sage und schreibe 7 Jahren sagten über 60% der Aargauerinnen und Aargauer JA zur Umfahrung Mellinger, bis heute ist nicht einmal der Spatenstich erfolgt. Die Abstimmungsverlierer missachten den Volkswillen auf unerträgliche Weise. Ich wünsche den linken Parteien den Mut, auf ihre Verbände einzuwirken und damit mitzuhelfen, dass die Umfahrung für die Mellinger Bevölkerung endlich wahr wird!

Kürzlich machte der Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung eine Aussage,

die uns allen als Leitsatz dienen kann: «Liberalismus und Pessimismus sind inkompatibel.» Die selbstverliebten Showmen sind nur an die Macht gekommen, weil sie mit ihrem geopolitischen Gepolter Pessimismus sähen konnten. Die liberalen Kräfte waren zum Entgegenhalten zu selbstgefällig und zu

schwach. - Das sind wir nicht! Wir lassen uns nicht von mürrischen Gemütszuständen beeinträchtigen, wir lassen es nicht zu, dass andere uns einreden, es gehe uns schlecht. Wir nehmen wir die Herausforderungen an und machen daraus Neues und Gutes.

Redaktion und Versand INSIDE:

Kaspar Schoch, Geschäftsführer/Fraktionssekretär FDP.Die Liberalen Aargau. E-Mail: info@fdp-ag.ch